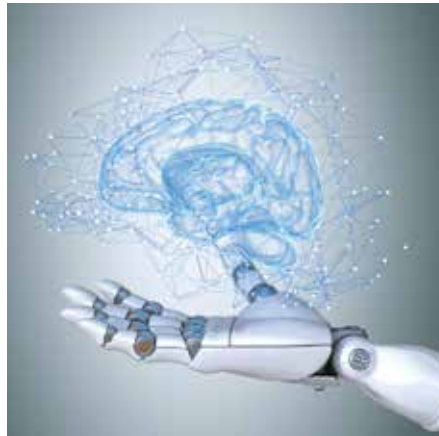


# Betreibungen einfach und sicher online abwickeln

Der intelligente Assistent tilbago begleitet Gemeinden fallspezifisch durch den ganzen Inkassoprozess. Wie die Cloudlösung funktioniert, erklärt tilbago-CEO David Fuss im Interview.

**Herr Fuss, Sie bieten eine einfache, zukunftsorientierte Online-Inkassolösung an. Wie kann tilbago Gemeinden unterstützen?**

Die Digitalisierung macht auch vor den Verwaltungen nicht halt. Das Bundesamt für Justiz hat für den elektronischen Datenaustausch zwischen Gläubigern und Betreibungsämtern den eSchKG-Standard entwickelt. Dieser bildet heute die Grundvoraussetzung für jede Inkassolösung. Mit tilbago gehen wir bereits jetzt viel weiter. Wir geben Gemeinden einen intelligenten Assistenten an die Hand, der sie ganz einfach und unter Einhaltung aller gesetzlicher Vorgaben und Fristen Schritt für Schritt durch den Inkassoprozess führt und dabei mitdenkt.



Testen Sie jetzt tilbago und profitieren Sie von der digitalen Lösung und ihren vielen Vorteilen. Gehen Sie einfach auf [www.tilbago.ch](http://www.tilbago.ch) und wickeln Sie mit dem Code «Go-To-Tilbago» fünf Fälle kostenlos ab.

**Von Ihren mehr als 750 Kunden nutzen bereits über 50 Gemeinden in der Schweiz tilbago. Inwiefern profitieren diese von Ihrer Lösung?**

Mit tilbago können Gemeinden schnell und unkompliziert offene Zahlungen einfordern. Es braucht nur einen Browser und eine Internetverbindung und schon kann man ohne Installation und ohne Verpflichtung starten. Bestehende Daten können ganz bequem aus den Abrechnungslösungen in unsere intelligente Cloudlösung übernommen werden. Und da die Daten in der Schweiz bei unserer Partnerin PostFinance bleiben, muss man

sich auch keine Sorgen um die Sicherheit machen.

**Was kostet eine Betreuung bei tilbago?**

Da Gemeinden vom Gesamtvolumen des Kantons profitieren, zahlen sie pro Fall eine Pauschalgebühr von 10 Franken. Damit sind sämtliche Kosten in tilbago abgedeckt – auch weitere Betreibungen auf Basis eines resultierenden Verlustscheins. Abgeschlossen ist ein Fall für uns erst, wenn ein Gläubiger seine Forderung realisieren konnte.

**Für wen eignet sich tilbago?**

Die Online-Inkassolösung eignet sich dank maximaler Skalierung für alle Gemeinden – unabhängig von der Anzahl Fälle und der Sprachregion –, die ihr Inkasso nicht auslagern und dennoch professionelle Unterstützung bei der Bewirtschaftung der Betreibungen und Verlustscheine möchten. Ausserdem entwickeln wir die Intelligenz unserer Lösung stetig weiter. Gemeinden profitieren so kontinuierlich vom Ausbau unseres intelligenten Assistenten im rechtlichen Inkassoprozess.



Hanspeter Frischknecht, Abteilungsleiter der Finanzverwaltung Neuenhof.

**Die Gemeinde Neuenhof setzt auf tilbago**

Die Finanzverwaltung Neuenhof verschickt jährlich zwischen 35 000 und 45 000 Rechnungen an ihre 8767 Einwohner. Bei den rund 700 Betreibungen, die jedes Jahr eingeleitet werden müssen, nutzt die Aargauer Gemeinde seit 2017 tilbago. «Die einfache Onlinelösung erlaubt eine effiziente und kostengünstige Bewirtschaftung unserer Forderungen», sagt der Abteilungsleiter Hanspeter Frischknecht. Mit dem Einsatz von tilbago habe sich der Aufwand für die Erstellung und Einreichung der Begehren um 80 Prozent verringert und der Zeitaufwand für die Pendenzen- und Verfahrensüberwachung halbiert. «Dank der Cloudlösung haben wir jederzeit den Überblick über den Stand des Verfahrens, und die intuitive Bedienung vereinfacht unseren Alltag. Das schätzen wir sehr.»

tilbago

Eine Kooperation mit

PostFinance

# E-Government hat besonders in Gemeinden viel Potenzial

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) begrüsst den verstärkten Einsatz digitaler Arbeits- und Kommunikationsmittel in den kommunalen Verwaltungen. Bürgerorientierung und Benutzerfreundlichkeit stehen im Zentrum.



Wenn Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz direkt mit Behörden zu tun haben, dann ist dies am häufigsten auf kommunaler Ebene der Fall. Folglich kommen die Vorzüge von E-Government – das Erbringen von transparenten und qualitativ hochstehenden Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner rund um die Uhr und die Erleichterung der internen administrativen Abläufe – auf kommunaler Ebene am besten zum Tragen. Für die Gemeinden stehen dabei einerseits die Bürgerorientierung und andererseits die Benutzerfreundlichkeit sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch intern für die Verwaltung im Zentrum. Auch die Durchlässigkeit unter den institutionellen Behörden (Gemeinde, Kanton und Bund) spielt eine wichtige Rolle.

## Prozesse neu beurteilen

Die kommunalen Verwaltungen wollen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern zeitgemässe Dienstleistungen anbieten. Dabei genügt es aber nicht, bisher analoge Dienste neu online anzubieten. Ein wirklicher Mehrwert entsteht nämlich erst dann, wenn bestehende Prozesse aus einer Gesamtsicht neu beurteilt und wo nötig frisch gestaltet werden. Dementsprechend zeigen sich in den Gemeinden wesentliche Hindernisse bei

der Umsetzung von E-Government-Projekten in Bezug auf die Anpassung von internen Prozessen und viel weniger bei den technischen Fragen, auf die sich die Projekte jedoch meist konzentrieren.

## Mehr Qualität, mehr Entlastung

Die digitalen Technologien im Allgemeinen und E-Government im Besonderen entwickeln sich rasch weiter. Sie betreffen immer mehr Bereiche und Arbeitsprozesse der Gemeinden. Angesichts der steigenden Anforderungen an die Gemeinden und der gleichzeitig sinkenden verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen möchte der SGV E-Government in Gemeinden auch in Zukunft mit Nachdruck fördern. Denn mit modernen Informations- und Kommunikationsmitteln können die Qualität, Effizienz und Transparenz von kommunalen Dienstleistungen erhöht und die bestehenden Abläufe und Arbeitsprozesse vereinfacht werden. Mithilfe der neuen Technologien sollen die Mitarbeitenden in den Gemeinden entlastet, die bestehenden Arbeitsprozesse vereinfacht sowie die Qualität, Effizienz und Transparenz der erbrachten Dienstleistungen erhöht werden. Dies alles bei gleich hohen oder sogar tieferen Kosten.

## Was zu beachten ist

Aus Sicht des SGV sind für Gemeinden die folgenden Fragen zentral, um E-Government-Projekte zu beurteilen:

- Was ist der Hauptnutzen für eine Gemeinde?
- In welcher Form und in welchem Umfang wird die tägliche Arbeit der Verwaltungsmitarbeitenden in einer Gemeinde erleichtert?
- Welchen Nutzen haben die Einwohnerinnen und Einwohner?
- Wie steht es um die Benutzerfreundlichkeit?
- Welcher personelle, organisatorische und finanzielle Aufwand entsteht den Gemeinden?
- Welche Synergien bestehen zu anderen Projekten, und wie können diese genutzt werden?

## Zusammenarbeit aller Staatsebenen

Jede Gemeinde kann ihr Online-Angebot grundsätzlich nach eigenen Schwerpunkten ausgestalten. Die Gemeindeautonomie spielt auch hier. Nationale Infrastrukturen und Basismodule wie die elektronische Identifizierung (E-ID) müssen jedoch schweizweit bereitgestellt werden. Dafür braucht es eine gute Zusammenarbeit aller Staatsebenen. Die E-Government-Strategie Schweiz baut mit ihrem Schwerpunktplan auf dem Subsidiaritätsprinzip auf, sodass sich kommunale, kantonale und nationale Online-Dienste schrittweise ergänzen. Der SGV vertritt hier die kommunalen Interessen sowohl im Steuerungsausschuss als auch im Planungsausschuss der nationalen Organisation E-Government Schweiz – und leistet somit einen Beitrag an das gute Gelingen von E-Government.

Aus Sicht des SGV sollten analog der nationalen auch die Kantone eine gemeinsame E-Government-Strategie mit ihren Gemeinden vereinbaren. Ohne einen solchen ganzheitlichen Ansatz, bei dem sowohl der Kanton als koordinierende Stelle als auch alle Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten und Anliegen einbezogen werden, kann E-Government auf Gemeinde- und Kantonsebene nicht mit nachhaltigem Erfolg umgesetzt werden.

## Gemeinden als Innovationslabore

Die Gemeinden können sich aber auch alleine im Bereich von E-Government als Innovationslabor beweisen. Viele gute Lösungen werden in den Gemeinden erarbeitet. Das soll grundsätzlich als Potenzial betrachtet werden. Andererseits ist aber auch klar, dass es eine Zusammenarbeit unter den Staatsebenen braucht. Dafür bestehen, wie zuvor ausgeführt, bewährte Strukturen auf Bundesebene.

*Christoph Niederberger, Direktor Schweizerischer Gemeindeverband*